

Medienmitteilung

Bern, 21. Dezember 2007

Die FMH zum Gegenvorschlag der SVP-Initiative (BV 117 / 117a)

Eine politische Mogelpackung

Die beiden Räte entscheiden heute über den Gegenvorschlag zur SVP-Prämiensenkungsinitiative. Damit werden Schlagworte wie „mehr Wettbewerb im Schweizerischen Gesundheitswesen“ und „Eigenverantwortung“ in der Bundesverfassung verankert. Der Gegenvorschlag ist aus Sicht der Ärzteschaft unüberlegt und widersprüchlich. Dabei wäre die Lösung einfach gewesen: Eine Verfassungsbestimmung zur Gesundheitsversorgung ergänzt den bestehenden Artikel der Bundesverfassung.

Sowohl der National- als auch der Ständerat müssen sich heute in der Schlussabstimmung für oder gegen den Gegenvorschlag zur SVP-Prämiensenkungsinitiative entscheiden. Dieser ist als Notfalllösung zur Initiative der SVP entstanden, die einen massiven Abbau von medizinischen Leistungen in der obligatorischen Grundversicherung vorsieht. Doch der Gegenvorschlag ist leider nicht gelungen und erweist sich als untauglich. Denn die Parlamentarier haben einen grundlegenden Denkfehler gemacht, indem sie das Gesundheitswesen über den indirekten Weg der Sozialversicherung koordinieren wollen. Sinnvoll wäre jedoch gewesen, den bestehenden Artikel 117 der Bundesverfassung durch eine Verfassungsbestimmung zur Gesundheitsversorgung zu ergänzen. Eine solche Verfassungsbestimmung stellt ein geeignetes Instrument dar, um die Rolle der verschiedenen Akteure zu klären, um die Spitzenmedizin zu harmonisieren und um technische Standards in eHealth festzulegen. Die Politik hat diese Chance nicht erkannt und ungenutzt verstreichen lassen.

Zulassung der Leistungserbringer

In der Diskussion um die Zulassung der Leistungserbringer zeigte sich die Widersprüchlichkeit besonders deutlich. Zum einen wurde mehr Wettbewerb, Vertragsfreiheit und die Zulassung der Leistungserbringer durch die Kassen gefordert. Zum anderen war auch zu vernehmen, dass jene Ärztinnen und Ärzte zugelassen sind, die – noch zu definierende – Kriterien erfüllen. Wenn alle Ärztinnen diese Kriterien erfüllen und somit zugelassen sind, gibt es keine Vertragsfreiheit.

Die Zulassung der Ärzte durch die Kassen ist für die FMH inakzeptabel und führt zu einem unzulässigen Machtungleichgewicht. Sie spricht sich durchaus für mehr Steuerung aus, wobei wirtschaftliche Kriterien die Wettbewerbsfähigkeit nicht allein definieren. Ebenso entscheidend sind Qualitätskriterien, welche die Versicherer und die Ärzteschaft gemeinsam definieren. Aus diesem Grund spricht sich die FMH klar für Ärztenetzwerke und Managed Care aus. Diese

zukunftsweisenden Modelle garantieren weiterhin die freie Arztwahl und eine best mögliche und bezahlbare medizinische Versorgung. Und sie führen dank der Einbeziehung der Leistungserbringer und der Kostenträger zu mehr Wettbewerb bei höherer Qualität. Die Politik ist deshalb aufgefordert, Ärztenetzwerke und Managed Care durch entsprechende finanzielle Anreize sowohl für Leistungserbringer als auch für Versicherte zu fördern.

Monistische Finanzierung

Der Gegenvorschlag will das Schweizer Gesundheitswesen zukünftig monistisch finanzieren. Doch dabei haben die Parlamentarier anscheinend vergessen, den Monisten zu bestimmen. Somit bleibt offen, gegen wen ein Versicherter im tiers garant vor Versicherungsgericht klagt, wenn zum Beispiel ein Rechnungsbetrag nicht zurückerstattet wurde. Werden die Kassen zum Monist, dann würde das den massiven Unwillen der Kantone nach sich ziehen, da diese zwar einen erheblichen Teil der Kosten übernehmen, jedoch nicht mehr mitentscheiden können. Wären die Kantone oder eine dritte Clearingstelle der Monist, so müssten sie die gesamte Leistungskontrolle und das Abrechnungswesen aufbauen und würden damit die Kassen obsolet machen.

Eigenverantwortung

Mehr Eigenverantwortung der Versicherten und möglichen Patienten, fordert der Gegenvorschlag lautstark. Unklar bleibt er auch hier, ob damit die Franchise und der Selbstbehalt gemeint sind; diese beiden Mittel der Eigenverantwortung existieren bereits und müssen darum nicht nochmals festgelegt werden. Wenn aber mehr Eigenverantwortung als bisher gemeint ist, dann kaschiert man hier elegant eine Benachteiligung von sozial schlechter gestellten Menschen.

Der Gegenvorschlag zur SVP-Prämiensenkungsinitiative, über den die beiden Räte entscheiden, ist somit ein politische Mogelpackung mit dem Titel „Die Katze im Sack kaufen“.

Auskunft:

Jacqueline Wettstein, Leitung Kommunikation FMH
Tel. 031/359 11 50, E-Mail: jacqueline.wettstein@fmh.ch